Stand: 10.11.2026 22:24:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/14240

"Bayerns Zukunft sichern: soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit jetzt zum obersten Leitprinzip machen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/14240 vom 03.03.2021
2. Beschluss des Plenums 18/14340 vom 04.03.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 04.03.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 03.03.2021 **Drucksache** 18/**14240**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayerns Zukunft sichern: soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit jetzt zum obersten Leitprinzip machen!

Der Landtag wolle beschließen:

I. Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Umsetzung ihres bestehenden Bekenntnisses zu nachhaltiger Entwicklung als Leitbild ihrer Politik Nachhaltigkeit im sozialen, ökonomischen und ökologischen Sinn – global und intergenerationell – in ihrer gesamten Arbeit zu verankern und diese auch faktisch zum zentralen handlungsleitenden Kriterium für alle ihre politischen Entscheidungen zu machen.

Hierzu wird die Staatsregierung konkret aufgefordert, die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

1. Die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie ist grundlegend zu überarbeiten. In ihrer Neufassung muss sie sich konkret und umfassend aus den Sustainable Development Goals (SDGs) herleiten und festlegen, welchen Beitrag zu deren Umsetzung in Bayern geleistet wird. Soweit möglich ist eine Verknüpfung mit der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie herzustellen. Die festgelegten Ziele sind spezifisch, nachprüfbar, zeitgebunden und verpflichtend zu formulieren.
2. Zur Sicherstellung eines kohärenten Regierungshandelns im Sinne der Agenda 2030 sind künftig alle Maßnahmen, Programme und Aktionspläne der Staatsregierung unter expliziter Bezugnahme zur Nachhaltigkeitsstrategie zu erstellen und es ist darzulegen, zur Erreichung welcher Nachhaltigkeitsziele sie einen Beitrag leisten. Ebenso sind mögliche Zielkonflikte in die Betrachtung mit einzubeziehen. Besonders relevante Themen der Nachhaltigkeitsstrategie sind als Schwerpunktthemen festzulegen und mit entsprechenden eigenen Maßnahmenprogrammen weiter zu konkretisieren. Bestehende Programme wie das Klimaschutzprogramm sind im Hinblick auf die Nachhaltigkeitsstrategie zu überprüfen und anzupassen.
3. Zur kontinuierlichen Erfassung und Überprüfung des Zielerreichungsgrades der Nachhaltigkeitsstrategie sind Indikatoren zu definieren, um Nachhaltigkeit messbar und überprüfbar zu machen. Dafür enthalten sie konkrete Ausgangs- und Zielwerte, Meilensteine und Zeitangaben. Auf größtmögliche Anschlussfähigkeit und Vergleichbarkeit mit Nachhaltigkeitsindikatoren auf Bundes- und EU-Ebene ist zu achten.
4. Alle zwei Jahre ist ein Fortschrittsbericht zum Umsetzungsstand der Nachhaltigkeitsstrategie in Bayern zu erstellen. Die Ministerien sind verpflichtet, für ihren Zuständigkeitsbereich transparent darzustellen, ob die jeweiligen Ziele aus ihrem Ressortbereich erreicht werden, weshalb Ziele ggf. nicht erreicht wurden oder ob sich Prioritäten verschoben haben. Diese Fortschrittsberichte zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie sollen dem Landtag vorgelegt und im Rahmen einer Plenarwoche „Nachhaltigkeit in Bayern“ debattiert werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

5. Bei Verzug bei der Erreichung der Ziele sind die geplanten Maßnahmen automatisch zu evaluieren und anzupassen, um zurück zu einem zielkonformen Pfad zu kommen. Dazu legen die zuständigen Ressorts Aufholpläne mit konkreten Maßnahmen vor, die verbindlich aufzeigen, wie bisherige Umsetzungslücken zügig geschlossen werden sollen.

II. Nachhaltige Entwicklung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann nur gemeinsam gelingen. Dazu ist eine kontinuierliche begleitende Einbindung wichtiger Stakeholder notwendig.

1. Die Weiterentwicklung der bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie erfolgt unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und spiegelt so das gesellschaftliche Bewusstsein für Nachhaltigkeit und Maßnahmen für ihre Verwirklichung wider. Die Staatsregierung ist aufgefordert hierzu einen breiten, gesellschaftlichen Dialogprozess mit Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit sowie Vertreterinnen bzw. Vertretern und Verbänden aus allen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft zu initiieren und aufrecht zu erhalten. Die Mitspracherechte von jungen Menschen sind dabei besonders zu gewichten.
2. Kommunen, Jugend und Wirtschaft besitzen besondere Relevanz für die Umsetzung und Erreichung der Ziele der bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sie mit dezidierten Initiativen in der Umsetzung stärker einzubinden.

Begründung:

2015 wurde mit der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ ein neues Kapitel der internationalen Nachhaltigkeitspolitik aufgeschlagen, da die zugehörigen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) auch für Industrieländer verbindlich und unmittelbar handlungsleitend sind. Ebenfalls 2015 wurde das Pariser Klimaschutzabkommen beschlossen. Dieser Vertrag ist ein wichtiger Teil der Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie der Vereinten Nationen und trägt zur Erreichung der in den SDGs formulierten Ziele bei. Nach fünf Jahren ist die Welt insgesamt jedoch nicht auf dem Weg, die Ziele bis 2030 zu erreichen. Der VN-Generalsekretär hat deshalb für die Jahre 2020 bis 2030 die Aktionsdekade zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung ins Leben gerufen und fordert alle Akteure auf, Tempo und Umfang der Umsetzungsbemühungen drastisch zu erhöhen. Die Coronakrise bedeutet einen großen Rückschlag für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele und macht deshalb ein entschlossenes Handeln jetzt umso wichtiger.

Auch Bayern ist bei der Umsetzung der Agenda 2030 nicht so weit, wie es sein müsste: mangelnder politischer Wille und ein faktisches Regierungshandeln, welches oftmals das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung untergräbt, verhindern eine rechtzeitige Zielerreichung: Das Ziel, die Zahl der Menschen in Armut bis 2030 zu halbieren (siehe SDG 1.2) wird nach aktuellem Stand verfehlt: die Armutsgefährdungsquote lag in Bayern 2019 mit 14,7 Prozent sogar höher als 2005. Unter jungen Menschen ist die Situation noch drastischer: umgerechnet auf Bayerns Gesamtbevölkerung ist jede fünfte Jugendliche bzw. jeder fünfte Jugendlicher bzw. junge Erwachsene von Armut betroffen (vgl. Drs. 18/7118). Die fehlende Verpflichtung zu nachhaltiger öffentlicher Beschaffung bedeutet, dass eine wichtige Chance zur Stärkung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster (SDG 12) verpasst wird. Die 10H-Regel und das bayerische Klimaschutzgesetz verhindern den dringend notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien (vgl.: SDG 7: Saubere und bezahlbare Energie, SDG 13: Umgehende Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels). Bayern kann und muss deutlich mehr für die Umsetzung der Agenda 2030 tun!

Während auf Bundesebene zurzeit in einem breiten, gesellschaftlichen Beteiligungsprozess bis Frühjahr 2021 eine Aktualisierung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie durchgeführt wird, bleibt unklar, wann Bayern seine diesbezüglichen Ankündigungen umsetzen wird. Zur Bürgerbeteiligung verweist die Staatsregierung auf Anfrage auf das

„Bürgergutachten 2018“. Dieses wurde jedoch ohne Bezug zu Nachhaltigkeit durchgeführt und stellt keine adäquate Form der Bürgerbeteiligung dar. Die gegenwärtige bayerische Nachhaltigkeitsstrategie wurde nur nachträglich und sehr lose mit den UN-Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 verknüpft. Die Strategie bleibt in ihrer politischen Zielsetzung und ihren Maßnahmen zu zaghaft. Zielvorgaben sind überwiegend vage und unverbindlich formuliert. Ein systematisches Monitoring findet nicht statt und die wenigen bisher verfügbaren Indikatoren (siehe: http://www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit) bilden insbesondere die soziale und ökologische Dimension von Nachhaltigkeit nur unzureichend ab. Auch sieht die Staatsregierung keine Fortschrittsberichte vor, anhand derer eine objektive Bewertung der Zielerreichung möglich wäre. Eine Evaluation oder ein Nachsteuern, wenn Ziele verfehlt werden, ist ebenfalls nicht geplant.

Folgerichtig besitzt die aktuelle bayerische Nachhaltigkeitsstrategie keinerlei Relevanz im politischen Handeln. Erforderlich wäre hingegen, dass künftig grundsätzlich jedes Gesetz, jede Strategie, jedes Programm oder Projekt und jede Entscheidung der Staatsregierung unter einem Nachhaltigkeitsvorbehalt steht und bewusst dem Ziel dient, alle 17 Nachhaltigkeitsziele rechtzeitig zu erreichen.

Darüber hinaus müssen wichtige Akteure über eigene Initiativen aktiv in die Prozesse zur Umsetzung der bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden werden. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Nachhaltigkeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist: Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit in der Wirtschaft müssen gestärkt und als Vorbilder genutzt werden; in den Kommunen bündeln sich nahezu alle Themen nachhaltiger Entwicklung nach dem Motto: Global denken, lokal handeln! Sie sind unverzichtbar für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik. Und da es um die Zukunft Bayerns geht, muss selbstverständlich auch die junge Generation substanzielle Mitspracherechte haben und in der Umsetzung mit einbezogen werden.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 04.03.2021 **Drucksache** 18/**14340**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**14240**

Bayerns Zukunft sichern: soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit jetzt zum obersten Leitprinzip machen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Hep Monatzeder
Abg. Markus Plenk
Abg. Dr. Martin Huber
Abg. Christian Klingen
Abg. Benno Zierer
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Albert Duin
Abg. Christoph Skutella

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Zukunft sichern: soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit jetzt zum obersten Leitprinzip machen! (Drs. 18/14240)

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort an den Kollegen Hep Monatzeder von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Hep Monatzeder (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir leben schon seit Jahren in Krisenzeiten: Da ist die Klimakrise, die unsere ökologischen Lebensgrundlagen bedroht und Hunger und Armut weltweit zur Folge hat, die Finanz- und die Weltwirtschaftskrise ab 2008, die beide immer noch spürbar nachwirken, und ganz aktuell die Corona-Krise, die ein Schlaglicht darauf wirft, wie wir sozial miteinander umgehen und was uns gute Gesundheitsversorgung oder die Bildung unserer Kinder wert ist.

Diese Krisen, Kolleginnen und Kollegen, haben etwas gemeinsam: Sie sind menschengemacht, und sie sind Teil einer umfassenderen Krise: einer Nachhaltigkeitskrise. Sie zu lösen, ist die große Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts; denn es geht schlicht um die Frage: Schaffen wir es, den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen? Dafür braucht es nichts weniger als einen Paradigmenwechsel. Dafür muss ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit zum Leitbild allen politischen Handelns werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür bräuchte es aber natürlich eine Strategie. Bayern hat zwar eine Nachhaltigkeitsstrategie; sie besitzt aber keinerlei politische Relevanz. Warum ist das so, Kolleginnen und Kollegen? – Weil sie eben nur eine Fortschreibung vorheriger Strategien ist, eine zaghafte, vage formulierte und unverbindliche Auflistung dessen, was die Staatsregierung eh schon macht. Was fehlt aber, Kolleginnen und Kollegen? – Was fehlt, ist der Blick fürs große Ganze, sind konkrete, überprüfbare Ziele sowie klare Gegenmaßnahmen, wenn diese Ziele verfehlt werden. Die bayerische Nachhaltigkeitsstrategie in der jetzigen Form ist nur ein Feigenblatt, ist der Inbegriff des "Weiter so".

Was sind die Folgen in der Realität? – Jenseits von Lippenbekenntnissen untergräbt die Staatsregierung mit ihrem faktischen Handeln regelmäßig das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. Als konkrete Beispiele verweise ich nur auf das mangelhafte Klimaschutzgesetz oder die unzeitgemäße Landwirtschaftspolitik.

Was passiert, wenn man den Wandel verschläft, Kolleginnen und Kollegen, zeigt uns die Automobilindustrie eindrucksvoll. Viel zu häufig wird Nachhaltigkeit nur als Kostenfaktor und nicht als Chance gerade auch für die bayerische Wirtschaft gesehen. Der Staatsregierung fehlt aber der politische Wille und vielleicht auch einfach die nötige Weitsicht, um das zu erkennen und dann auch danach zu handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Welt hat sich bereits 2015 mit der Agenda 2030 auf den Weg in Richtung mehr Nachhaltigkeit gemacht. Die Ziele sind klar. Deshalb haben wir auch kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem, und deshalb hat auch der UN-Generalsekretär die Jahre 2020 bis 2030 zur Aktionsdekade ausgerufen. Gerade ein wirtschaftlich starkes Land wie Bayern ist dabei besonders gefordert und muss endlich mehr unternehmen und endlich nachhaltig werden.

Unser Antrag zeigt dazu erste Schritte auf. Die bayerische Nachhaltigkeitsstrategie muss anhand der globalen Nachhaltigkeitsziele von Grund auf neu erarbeitet werden – in einem Prozess zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Kommunen,

aber vor allen Dingen mit den jungen Menschen in Bayern; denn es geht schließlich um deren Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ergebnis muss künftig zu dem zentralen strategischen Instrument der Staatsregierung werden. Nur so ist kohärentes Regierungshandeln möglich. Wenn die Staatsregierung ihre Ziele zu verfehlen droht, dann muss sie Gegenmaßnahmen ergreifen.

Legen Sie also Ihre ängstliche Tatenarmut ab, und arbeiten Sie effizient und effektiv an der Umsetzung der Agenda 2030. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es Ihnen mit der enkelgerechten Zukunft ernst ist, dann müssen Sie unserem Dringlichkeitsantrag auch zustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Monatzeder, Sie können noch am Rednerpult bleiben. – Wir haben noch eine Zwischenfrage des fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Monatzeder, Sie haben drei Krisen aufgezählt, unter anderem die Finanzkrise. Vielleicht können Sie kurz etwas dazu sagen, was Sie unter der Finanzkrise konkret verstehen. Sie haben nichts dazu gesagt. Was ist eigentlich die Strategie der GRÜNEN, um diese Finanzkrise zu bewältigen?

Hep Monatzeder (GRÜNE): Herr Kollege, ich habe in erster Linie über die Nachhaltigkeitskrise gesprochen, aber natürlich die anderen Krisen mit aufgezählt. Ich hätte jetzt auch die Krise im Bereich der Biodiversität und noch eine ganze Reihe weiterer Krisen nennen können, die alle unter dem Oberbegriff der Nachhaltigkeitskrise zu verstehen sind.

Aber ich beantworte Ihnen gern Ihre Frage zur Finanzkrise. Warum Sie weiter nachwirkt, sehen Sie an der massiven Verschuldung insbesondere der Länder des globa-

len Südens. Sie sehen es an der weltweit verkorksten Finanzpolitik in der Frage der Steuergerechtigkeit, in der Frage der Offshore-Steuerauslagerung und so weiter. Es gibt also eine ganze Reihe von Punkten, die angegangen werden müssen, um auch zu einer nachhaltigen Finanz- und Wirtschaftspolitik zu kommen.

Ein wichtiger Teil der Wirtschaftspolitik ist beispielsweise das Lieferkettengesetz. Leider haben wir eines bekommen, das eher ein Placebo als eine wirksame Maßnahme im Sinne der Nachhaltigkeit ist. Insofern ist weltweit noch einiges zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Martin Huber von der CSU-Fraktion.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Herr Kollege Monatzeder gesagt hat, befinden wir uns in einer Zeit voller Krisen, die uns Aufgaben geben, die man heutzutage unter das Stichwort der Resilienz fasst. Ich bin der festen Überzeugung, dass es ohne Nachhaltigkeit keine Resilienz geben kann. Aber anders als in dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN beschrieben, sind wir in Bayern keineswegs taten- oder visionslos, ganz im Gegenteil. Bayern ist das Land der Nachhaltigkeit. Wir bekennen uns seit jeher zur Nachhaltigkeit als Leitprinzip. Nachhaltigkeit bedeutet, in sämtlichen Politik- und Lebensbereichen heute nicht über unsere Verhältnisse zu leben, sondern von Beginn an auch daran zu denken, den nachfolgenden Generationen Chancen für die Zukunft zu erhalten.

Es war gerade auch Ministerpräsident Edmund Stoiber, der damals im Finanzbereich die Nachhaltigkeit zum Gestaltungsprinzip der bayerischen Politik erhoben hat und dieses Prinzip später auch auf Bundesebene mit eingeführt hat.

(Zuruf)

Gelebte Nachhaltigkeit als Politikprinzip ist damit auch ein Leitmotiv für Gerechtigkeit, Verantwortung und Fairness. Es geht um Gerechtigkeit im Verhältnis der Generatio-

nen, Verantwortung gegenüber der Schöpfung und im Umgang mit den Ressourcen und Fairness im aktuellen Umgang in unserer Gesellschaft. Dafür braucht es aber keinen Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, der in einem Sammelsurium das Wikipedia-Wissen zu den Sustainable Development Goals zusammenfasst.

Nachhaltigkeit ist in Bayern konkret und wird von uns als Aufgabe der gesamten Gesellschaft verstanden. Wir bekennen uns zum Erhalt der ökologischen, ökonomischen und sozialen Grundlagen, um heutigen und zukünftigen Generationen die Chance auf Lebensqualität und Wohlstand zu sichern, und das schon seit Langem. Ich bin mir sicher, hätte es zu Zeiten von Hans Carl von Carlowitz schon die CSU gegeben, er wäre Mitglied gewesen.

Die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie versteht sich dabei nicht als abschließendes Maßnahmenprogramm, sondern als Grundlage für einen dauerhaften gesellschaftlichen und politischen Prozess. Die aktuelle Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie formuliert Nachhaltigkeit als Leitbild und langfristigen Orientierungsrahmen für die Politik in Bayern. Alle Ministerien verantworten die Umsetzung dieses Nachhaltigkeitsprinzips für ihren Aufgabenbereich, und der Handlungs- und gegebenenfalls auch Nachsteuerungsbedarf werden in allen Themenfeldern von den Ressorts permanent überprüft und fließen auch in die Fortschreibung der Strategie ein. Diese Fortschreibung ist ebenfalls permanent im Gange, auch aktuell. Dabei sollen auch die Ergebnisse des "Bürgergutachtens 2030. BAYERN, DEINE ZUKUNFT" mit einfließen.

In der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie sind auch die Sustainable Development Goals fest verankert. Mit elf Handlungsschwerpunkten definiert die bayerische Nachhaltigkeitsstrategie, verknüpft mit Zielen, konkreten Maßnahmen und Lösungsansätzen, einen langfristigen Orientierungsrahmen für die Politik in Bayern.

Konkret geht es um folgende elf Punkte: Klimawandel, zukunftsfähige Energien, natürliche Ressourcen, nachhaltige Mobilität, sozialer Zusammenhalt, Bildung und Forschung, nachhaltige Wirtschaft und Konsum, Ernährung, Gesundheit, Pflege, Staat

und Verwaltung, nachhaltige Finanzpolitik, globale Verantwortung und Vernetzung. Diese elf Punkte decken alle 17 Sustainable Development Goals ab.

Die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie ist, wie gesagt, nichts Abschließendes. Sie lebt fort, und sie wird fortgeschrieben. Sie wird auch in Zukunft überprüft und weiterentwickelt. Gerade in diesen Zeiten möchte ich auch darauf hinweisen, dass das Thema Klima ein zentraler Handlungsschwerpunkt im Rahmen dieser Nachhaltigkeitsstrategie ist.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal auf das Klimaschutzgesetz und die 96 Maßnahmen hinweisen, ganz konkrete Maßnahmen, die für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz sorgen. Das reicht von den Öko-Modellregionen in der Landwirtschaft über den Ausbau des Ressourceneffizienz-Zentrums für eine bessere Nutzung und Wiederverwertung von Rohstoffen bis hin zu Wasserstoff-Modellregionen für Wirtschaft, Forschung und Innovation.

Wenn Sie so wollen, ist die Hightech Agenda der Bayerischen Staatsregierung ganz zentral, weil hierbei Dinge wie Ressourcenbewusstsein, Ressourceneffizienz und neue Energien einen Schwerpunkt darstellen und auch mit entsprechenden Haushaltsmitteln unterlegt sind.

Bei uns gilt: Handeln statt reden, Taten statt Worte. Da Sie sagen, in Bayern gäbe es keine Projekte, bitte ich um Verständnis, dass ich jetzt aus meiner Heimatregion berichte.

Ich komme aus dem Landkreis Altötting, aus dem bayerischen Chemiedreieck, dem größten Chemiestandort Bayerns, dem drittgrößten Deutschlands. Wir verbrauchen mehr Energie als der gesamte Regierungsbezirk Mittelfranken inklusive Nürnberg. Ein Prozent des gesamtdeutschen Güterverkehrs auf der Schiene läuft über uns. Dennoch sind wir auf dem Weg, unsere Region zu einem Cleantech Hub zu machen. Sämtliche Firmen und Unternehmen bekennen sich dazu, den Standort klimaneutral zu machen.

Wenn das an Bayerns größtem Chemiestandort gelingt, dann kann es überall gelingen.

Das ist der Weg, den wir in Bayern gehen, und dafür steht dieser Standort stellvertretend. Das ist die Botschaft, das ist gelebte, das ist praktizierte Nachhaltigkeit. Wir setzen Nachhaltigkeit in allen Aspekten, sozial, ökonomisch und ökologisch, in die Tat um. Wir leben Nachhaltigkeit in allen Bereichen.

Ihr Antrag ist deshalb überflüssig. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Huber, Sie können noch am Rednerpult bleiben. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Hep Monatzeder. Bitte, Herr Monatzeder.

Hep Monatzeder (GRÜNE): Sie haben elf Ziele angesprochen, die Sie jetzt angehen werden. Könnten Sie uns wenigstens bei einem dieser elf Ziele erklären, wann Sie dieses Ziel erreichen wollen, ob das mit einem Zeitplan unterlegt ist oder ob das auch wieder nur warme Worte sind?

Was wir am wenigstens brauchen, ist eine virtuelle Politikgestaltung. Diese virtuelle Performance wollen wir nicht mehr mitgehen, sondern die Bayerische Staatsregierung an dem tatsächlich Erreichten messen. Deswegen wäre es gerade so wichtig, im Bereich der Nachhaltigkeit die Ziele darzustellen, die Ziele zu evaluieren und dann zu sehen, ob sie erreicht wurden oder nicht. Es geht nicht um irgendein Sammelsurium dessen, was Sie da und dort machen, das nicht einmal den Nachhaltigkeitszielen zugeordnet ist, so wie ich es auf meine Anfrage bekommen habe. Mit diesem Sammelsurium kann man keine Strategie begründen.

Dr. Martin Huber (CSU): Lieber Herr Kollege Monatzeder, ich kann nichts dafür, dass Sie es mit Details nicht so haben und immer nur den großen Bogen sehen wollen. Ich habe elf Bereiche aufgeführt. Auch habe ich an dieser Stelle schon mehrmals über 96

ganz konkrete Einzelmaßnahmen gesprochen. Im Klimaschutzgesetz stehen zum Beispiel ganz konkrete Jahreszahlen, bis wann wir im Freistaat klimaneutral werden wollen, bis wann die Staatsverwaltung klimaneutral werden will. Darin sind auch ganz konkrete Ziele enthalten, wie wir im Bereich der Wasserstofftechnologie vorankommen wollen. An konkreten Maßnahmen und Zielen mangelt es ganz gewiss nicht. Ich habe eher den Eindruck, es mangelt bei Ihnen am Zuhören.

(Beifall bei der CSU – Zuruf: Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Christian Klingen von der AfD-Fraktion

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Was wir hier von den Grün*innen auf den Tisch bekommen haben, trieft wieder einmal von ideologischem Fanatismus, von Klimahysterie, und der Rest ist Luft. Ich lese in jeder Zeile mindestens dreimal den Begriff "Nachhaltigkeit". Es geht um Nachhaltigkeitsstrategie, Nachhaltigkeitsziele, Nachhaltigkeitsindikatoren und so weiter.Worum geht es dabei ganz konkret? – Letztendlich mal wieder darum, die Bürger noch mehr zu gängeln, zu bevormunden, ihnen Vorschriften zu machen und sie in ihrer persönlichen Freiheit zu beschneiden.

Was GRÜNE unter Nachhaltigkeit verstehen, ist hinlänglich bekannt: vor allem Verbote, Verbote von Einfamilienhäusern, von privaten Autofahrten, von Flugreisen, von Fleischkonsum – und das ist erst der Anfang. Dafür noch mehr Windkraftanlagen – gern auch direkt am Ortsrand und in Waldgebieten –, verpflichtende Solardächer, astronomische Energiekosten sowie die Zerstörung unserer Kernindustrie und unseres Wohlstands.

(Beifall bei der AfD)

Und das alles auf Kosten der Bürger, die man entmündigt, indem man ihnen eine neue Bescheidenheit abverlangt. Dafür sollen sie weniger verdienen, mehr Steuern zahlen und später in Rente gehen; denn weltweite Ungleichheiten lassen sich letztendlich nur dadurch verringern, dass man das Wirtschaftsniveau von Wohlstandsstaaten drastisch absenkt. Dann kann man auch den Rest der Welt retten, wie es die Agenda 2030 nahelegt, kein Hunger und keine Armut mehr, dafür überall Bildung und sanitäre Anlagen. Es wäre schön, wenn wir Letzteres zumindest mal für unser Land realisieren würden!

(Beifall bei der AfD)

Europa will der erste CO_2-freie Kontinent sein. Das erfordert Transformationen gigantischen Ausmaßes, die von uns verlangen, die gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens, wie wir es im Industriezeitalter gewöhnt sind, in den nächsten Jahren zu verlassen. Wozu das alles? – Für die herbeihalluzinierte Annahme des sogenannten menschengemachten Klimawandels: Allein seit 2015 sind mehr als 500 wissenschaftliche Veröffentlichungen erschienen, die nachweisen, dass im Wesentlichen die Sonne für die globale Erwärmung verantwortlich ist. Damit ist CO_2 als grundlegender Verursacher auszuschließen.

Aber wen interessieren schon Fakten, wenn man es sich in der ideologischen Moralistenblase so bequem eingerichtet hat? Schließlich lässt sich mit derlei wissenschaftlichen Erkenntnissen keine Panik erzeugen und den Menschen keine Schuldgefühle einreden. Wobei all diese scheinheiligen Forderungen der Grün*innen natürlich vorrangig für andere gelten sollen. Wie die selbst ernannten Klimaschutzblockwarte – selbst öfter Vielflieger – ihre eigenen Forderungen umsetzen, zeigt sich daran, wie es nach einer Fridays-for-Future-Demo aussieht: Plastikmüllberge soweit das Auge reicht, zumindest bis zu den unzähligen Luxuskarossen, mit denen die verwöhnten Wohlstandskids dann anschließend von der Demo nach Hause kutschiert werden müssen – mit einem kleinen Umweg über den nächsten Fast-Food-Laden, versteht sich.

Auch seitens der geschätzten Kollegen und Antragsteller nimmt man es selbst mit dem Thema Nachhaltigkeit nicht immer so genau. Da fliegt man zu privaten Urlaubszwecken gerne mal mit einem Flugzeug um den halben Globus und löffelt sein Eis mit Plastiklöffeln aus Plastikbechern.

Meine Damen und Herren, als freiheitliche Partei lehnt die AfD diesen Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Benno Zierer von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Zierer, bitte schön.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es lässt sich ganz schnell erklären, warum wir diesen Dringlichkeitsantrag ablehnen. Nachhaltigkeit ist bereits seit vielen Jahren das oberste Leitprinzip der bayerischen Politik. Der Antrag fordert eine grundlegende Überarbeitung dieser Strategie – das wird ständig gemacht – und unter anderem eine laufende Überprüfung sowie einen Fortschrittsbericht alle zwei Jahre. Auch das wird immer wieder erbracht.

Die aktuelle Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2017 formuliert Nachhaltigkeit als Leitbild und Orientierungsrahmen für die Politik der Staatsregierung. Konkret wird das in elf Handlungsfeldern, in denen Ziele formuliert und Maßnahmen vorgeschlagen werden. Das umfasst den Kampf gegen den Klimawandel ebenso wie gesunde Ernährung oder die Vermittlung des Nachhaltigkeitsgedankens bei der Bildung. Die Ziele und Maßnahmen stehen ganz klar in Bezug zu den globalen Nachhaltigkeitszielen aus der UN-Agenda 2030.

Die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie wird aktuell überarbeitet und fortgeschrieben. Ziel ist es, dass wir darüber hier im Parlament in der zweiten Hälfte des Jahres beraten. Ich möchte nur ein Beispiel aus der aktuellen Politik des Umweltministeriums herausgreifen: Die Wasserstrategie unseres Umweltministers Glauber ist Nachhaltigkeit pur, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Nachhaltigkeitsindikatoren-Bericht ist nach Auskunft des Umweltministeriums ebenso in Arbeit. Damit wird den zentralen Anliegen dieses Antrags aus unserer Sicht bereits Rechnung getragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein starkes Land. Die Menschen haben sich hier bei uns in Bayern viel aufgebaut. Wirtschaftliche Stärke und Wohlstand, darauf sind die Menschen zu Recht stolz. Aber wirtschaftliche Stärke und Wohlstand sind auch eine Verpflichtung, die Verpflichtung zur Verantwortung und die Verpflichtung zur Solidarität; denn Stärke ohne Solidarität ist nur Egoismus, und das kann nicht unser Bayern sein.

Es geht um ein gutes Leben für alle. 2015 haben die Staats- und Regierungschefs der Welt das bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet: als Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Aufgabe und Anspruch dieser Agenda ist es, einen Fahrplan zu entwerfen, bei dem Gerechtigkeits- und Umweltagenda miteinander verknüpft werden.

Da Herr Kollege Hep Monatzeder wie immer in sehr akkurater Art und Weise den Umweltaspekt umfassend dargestellt hat, erlauben Sie mir, einige Gerechtigkeitsaspekte in den Mittelpunkt zu rücken, bei denen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten glauben oder fest davon überzeugt sind, dass sie in eine Nachhaltigkeitsagenda "Bayern 2030" gehören.

Eine Nachhaltigkeitsagenda "Bayern 2030" ermöglicht Wohlstandsgewinne für alle – durch gute Arbeit, ganz im Sinne von Ludwig Erhard und Karl Schiller. Wohlstand für alle: Wer fleißig ist und mit harter Arbeit den Laden zusammenhält, wer sich an die

Regeln hält, soll von seiner eigenen Hände Arbeit gut leben können, durch gute Bezahlung. Leistung muss sich wieder lohnen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Leistung muss sich wieder lohnen, meine Damen und Herren, und zwar nicht nur für die Großkopferten, die ihr Kapital auf dem Festgeldkonto parken und für sich arbeiten lassen, sondern die Leistung der systemrelevanten Malocherinnen und Malocher – ob auf den Baustellen, in den Omnibussen, in den Pflegestationen, in den Altenheimen oder im Einzelhandel. Dafür müssen wir politisch Sorge tragen,

(Beifall bei der SPD)

indem wir niedrige und mittlere Einkommen steuerlich und bei den Sozialabgaben entlasten, mit einem Tariftreuegesetz, mit einem bayerischen Mindestlohn von zwölf Euro, wie ihn auch unser Fraktionsvorsitzender Horst Arnold hier vorgestellt hat. Ungleichheit beim Lohn ist das eine; aber auch beim Vermögen und bei der Macht muss man feststellen, dass sie ungleich verteilt sind, zwischen den Ländern, innerhalb von Gesellschaften und, liebe Kollegin Strohmayr, auch zwischen Männern und Frauen.

Deshalb ein zweiter wichtiger Punkt: Frauen sind bei den Bildungsabschlüssen in Bayern gleichauf mit den Männern und haben sogar die Nase vorn. Aber dies spiegelt sich weder in ihrer beruflichen Position noch im Gehalt wider. Frauen verdienen fast ein Viertel weniger als Männer. Deshalb müssen wir den Gender Pay Gap endlich schließen, die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern, die in keinem anderen Bundesland so groß ist wie bei uns im Freistaat Bayern. Das ist eine Positionierung in der Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ein dritter Punkt: In Bayern sind leider auch die Chancen für ein Kind von Akademikern, aufs Gymnasium zu gehen, fünfmal höher als für Kinder aus Arbeiterfamilien.In Bayern ist die Zukunftsperspektive stark von der Herkunft abhängig. Chancengleichheit wird viel beschworen, sozialer Aufstieg ist aber häufig ein leeres Versprechen.

Deswegen brauchen wir mehr Investitionen in unsere Schulen; denn schlechte Bildung ist auf Dauer teuer, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich bekomme schon ein Zeichen, dass meine Zeit abläuft. Ein letzter Punkt: Gesundheit ist ein Menschenrecht. Wir alle haben es in den letzten Monaten beschworen. Deshalb muss Folgendes gelten: Statt sich am Profit zu orientieren, müssen die bayerischen Krankenhäuser die Patienten und Beschäftigten in den Mittelpunkt stellen. Die Daseinsvorsorge darf nicht Kapitalmarktinteressen untergeordnet werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein Schlusssatz: Solidarische Gesellschaften sind robuster und funktionieren besser als Ellenbogengesellschaften. Zusammenhalt gründet auf Gerechtigkeit. In der Corona-Krise ist erneut deutlich geworden, wie wertvoll ein stabiler und demokratischer Sozialstaat ist. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden nicht zulassen, dass Konservative und Liberale den Sozialstaat nach der Krise wieder attackieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben noch etwas Zeit gewonnen. Der Kollege Duin unterstützt Sie und hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Markus Rinderspacher (SPD): Vielen Dank für Ihren Applaus, Herr Kollege Duin.

Albert Duin (FDP): Lieber Kollege Rinderspacher, Sie wissen, dass ich mich immer freue, wenn ich Sie treffe und höre. Auch bei der vernünftigen Lohnerhöhung für das arbeitende Volk bin ich immer bei Ihnen. Darüber habe ich oft genug mit Ihnen gesprochen.

Das große Problem ist doch, dass von der Lohnerhöhung, die wir immer wieder par ordre du mufti anfordern, und vom Mindestlohn mit den Abgaben des Arbeitgebers nur

30 % und weniger für den Arbeitnehmer übrig bleiben. Wir müssen die Steuerprogression, die Sozialversicherungsprogression und die Krankenversicherungsprogression anhalten und dann einen Mindestlohn netto oben draufsetzen, damit die Leute endlich wieder etwas davon haben. Das kostet den Arbeitgeber auch mehr, aber da bin ich auf Ihrer Seite. Da wäre ich dabei. Bedingung ist aber, dass es beim Arbeitnehmer ankommt. Alles andere ist Käse.

(Beifall bei der FDP)

Markus Rinderspacher (SPD): Das klingt fast schon nach einem Angebot einer künftigen gemeinsamen Bundesregierung, Herr Kollege Duin. Denn eines ist klar: Die SPD will mit Vizekanzler Olaf Scholz definitiv die niedrigen und mittleren Einkommen steuerlich und über die Sozialabgaben entlasten. Der andere Bereich wird Ihnen möglicherweise weniger gut gefallen. Wir wollen den sozialen Ausgleich selbstverständlich in anderen Bereichen schaffen, weil es nicht sein kann, dass allein in Europa jährlich 825 Milliarden Euro am Fiskus vorbei nach Panama und sonst wohin geschifft werden, damit dieses Geld nicht versteuert werden muss. Wir sind der Meinung, dass auch die sogenannten Leistungsträger – also diejenigen, die ihr Kapital für sich arbeiten lassen – für Gemeinwohlzwecke herangezogen werden müssen. Dann sind wir beieinander. Ich fürchte, beim zweiten Punkt haben wir noch Gesprächsbedarf, aber ich freue mich auf die Debatte.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Agenda 2030 und den darin enthaltenen 17 Nachhaltigkeitszielen haben 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen im September 2015 ein globales Programm für nachhaltige Entwicklung beschlossen, um wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen. Die Bestandsaufnahme

ist allerdings ernüchternd. Während des ersten Nachhaltigkeitsgipfels im September 2019 in New York wurde festgestellt, dass die Fortschritte bei der Umsetzung der SDGs viel zu langsam und zu wenig transformativ sind.

Der globale Nachhaltigkeitsbericht 2019, der von einer Gruppe von Wissenschaftlern im Auftrag der Vereinten Nationen erstellt wurde, spricht eine klare Sprache. Kein Land ist auf dem Weg, alle Ziele bis 2030 zu erfüllen. Es wird deutlich, dass die Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft erhöht werden müssen. In der internationalen Zusammenarbeit und der Handelspolitik gilt es, Impulse zu setzen, um die Entwicklungs- und Schwellenländer schneller in die Lage zu versetzen, die Nachhaltigkeitsziele aus eigener Kraft zu erreichen.

Nie waren die Chancen so groß, die ökonomischen Voraussetzungen für eine globale Nachhaltigkeit durch wirtschaftlichen Austausch und Technologietransfers zu schaffen. Ebenso sind die Möglichkeiten auszuschöpfen, um Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Meinungsfreiheit weltweit zu unterstützen. Ich gebe Kollegen Monatzeder völlig recht. Auch Kollege Rinderspacher hat es angesprochen. Gerade Deutschland hat hier eine besondere Verpflichtung. Industriestaaten wie Deutschland müssen insbesondere die von den Auswirkungen des Klimawandels unverhältnismäßig härter getroffenen Bewohner des globalen Südens bei ihren Maßnahmen gegen den Klimawandel unterstützen und einen eigenen wirksamen Beitrag zur Minderung von Treibhausgasemissionen leisten.

Zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN kann ich nur Folgendes sagen: Es ist natürlich alles wünschens- und lohnenswert, was Sie geschrieben haben. Allerdings wird unserer Meinung nach ein dreiseitiger Dringlichkeitsantrag mit anderthalb Seiten Forderungen dem Thema nicht gerecht. Wir reden über die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie mit über 80 Einzelmaßnahmen als Grundlage. Das sind über 80 Einzelmaßnahmen, die einzeln zu bewerten sind. Das ist ein sehr komplexes Thema. Wir können sagen, bei der Barrierefreiheit an Bahnhöfen gibt es ein Minus. Hier hat die Staatsregierung nicht gut gearbeitet. Ich kann das aus eigener Erfahrung

sagen. In Weiden warten wir seit über 20 Jahren auf den Ausbau eines barrierefreien Bahnhofs.

In anderen Bereichen, wie zum Beispiel bei der Verbraucherbildung, bei der Nachhaltigkeit in der Finanzbildung oder beim nachhaltigen Konsum läuft es wiederum sehr gut. Wir sollten detailliert über die einzelnen Forderungen reden und bei aller Sympathie für Ihren Antrag nicht auf das große Ganze gehen, weil so der Effekt dieses wichtigen Themas vollkommen verpuffen wird.

Aufgrund des globalen, deutschlandweiten und bayerischen Aufholbedarfs und weil wir im Gegensatz zu den Antragstellern nachhaltig über die Strategie diskutieren und nicht nur Impact Washing durch einen Dringlichkeitsantrag betreiben wollen, werden wir uns heute enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/14240 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion der FDP. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.